



BIHK-WAHLPRÜFSTEINE

So bleibt Bayern Spitze!

10 Forderungen
für die Bayerische Landtagswahl
am 28. September 2008



Bayerischer
Industrie- und Handelskammertag
BIHK

1

BILDUNG FÖRDERN

Die hohe Qualifikation der Fachkräfte am Standort Bayern ist das entscheidende Plus im internationalen Standortwettbewerb. Aktuell verlassen pro Jahr in Bayern jedoch 10.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Etwa 20 Prozent aller Schulabgänger können nicht richtig lesen, schreiben und rechnen. Vielen fehlt es an sozialen und persönlichen Kompetenzen. Der BIHK fordert daher eine Bildungsinitiative.

- **Alle Begabungs- und Leistungspotenziale ausschöpfen**

Bildungserfolg muss unabhängig von der sozialen oder regionalen Herkunft der Kinder möglich sein. Vorschulische Bildung und individuelle Förderung müssen ausgebaut werden, um gleiche Startchancen für alle zu bieten. Das letzte Kindergartenjahr ist bis 2012 daher für alle Kinder verpflichtend und beitragsfrei einzuführen. Kein Schüler darf die Schule ohne die erforderliche Ausbildungsreife verlassen. Die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss ist bis zum Jahr 2012 um die Hälfte zu reduzieren.

- **Lehrkräfte und Schulen für die neuen Herausforderungen qualifizieren und stärken**

Nur mit dem Ausbau der personellen und finanziellen Kapazitäten der Schulen, einer Modernisierung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte sowie einem Ausbau der Schulsozialarbeit kann eine individuelle Förderung aller Talente im Land gelingen. Bis 2012 müssen pro Jahr zusätzlich 1.000 Lehrkräfte eingestellt werden. Das Angebot an Ganztageschulen ist flächendeckend auszubauen.

- **Schulstruktur nicht ändern – Hauptschule stärken**

Schulstrukturdebatten bringen uns dem Ziel, jeden Schüler individuell bestmöglich zu fördern, keinen Schritt näher. Der BIHK fordert vielmehr, die einzelnen Schularten durch den Ausbau individueller Förderung der Lernenden und gezielte Verbesserung der Unterrichtsqualität zu stärken. Dies gilt insbesondere für die Hauptschule. So sind 38 Prozent aller Schüler in der 8. Klasse Hauptschüler. Rund die Hälfte der Auszubildenden kommt von der Hauptschule. Die Hauptschule ist als berufsvorbereitende Schule mit klarem Profil und allen beruflichen und schulischen Aufstiegsmöglichkeiten zu gestalten. Die Hauptschulinitiative der Staatsregierung ist daher fortzuführen.



2 LEBENSLANGES LERNEN ERMÖGLICHEN

Bildung endet nicht mit dem ersten Schul- oder Berufsabschluss. Lebenslanges Lernen wird und muss sowohl auf individueller wie auf gesellschaftlicher Ebene zukünftig eine größere Rolle spielen.

- **Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung konsequent angehen**

60 Prozent aller Schulabgänger qualifizieren sich im System der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Das moderne System der beruflichen Bildung, das als einziges Bildungssystem bundesweit einheitliche Prüfungsstandards und eine einheitliche Qualitätssicherung aufweist, erfüllt national wie international höchste Ansprüche und sichert dadurch den Fachkräftenachwuchs. Berufliche Bildung muss deshalb der allgemeinen Bildung gleichgestellt werden, insbesondere durch die gleichwertige Anerkennung der beruflichen Bildungsabschlüsse „Bachelor/Master Professional“ und die gegenseitige Anrechnung der Leistungen zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Die Maxime „kein Abschluss ohne Anschluss“ ist bis zum Jahr 2012 umzusetzen. Zur Erprobung sollten gemeinsame Modellversuche von Fachhochschulen und Wirtschaft durchgeführt werden, für die es bereits in einigen anderen Bundesländern erfolgreiche Beispiele gibt.

- **Weiterbildungsbeteiligung erhöhen**

Deutschland liegt mit seiner Weiterbildungsquote unter dem EU-Durchschnitt, der bei über 50 Prozent liegt. Besonders dramatisch ist dabei, dass sich lediglich 7 Prozent der Personen ohne Berufsabschluss weiterbilden. Um die Weiterbildungsbeteiligung aller Erwerbstätigen von derzeit 43 Prozent auf 50 Prozent zu erhöhen, muss eine „Weiterbildung mit System“ etabliert werden. Der BIHK fordert daher die Förderung von Weiterbildungsteilnehmern statt von Weiterbildungsanbietern. Die Weiterbildung für Beschäftigte in kleinen und mittelständischen Unternehmen und für diese Unternehmen selbst sind durch ein Bildungsschecksystem zu fördern. Nach dem Prinzip „aus der Praxis für die Praxis“ ist die berufliche Weiterbildungsberatung in und durch die Wirtschaft zu stärken. Es müssen mehr berufsbegleitende Angebote sowohl in der wissenschaftlichen Weiterbildung durch Universitäten und Fachhochschulen als auch in der beruflichen Weiterbildung durch öffentliche und private Träger angeboten werden. Zudem ist die Beteiligung von gering qualifizierten Arbeitnehmern an beruflicher Weiterbildung durch besondere Förderprogramme systematisch zu erhöhen.



3

FACHKRÄFTEMANGEL BEHEBEN

Trotz immer noch vorhandener Arbeitslosigkeit hat jedes dritte Unternehmen in Bayern Schwierigkeiten, seine Stellen zu besetzen. Im Zuge des demografischen Wandels wird sich der Fachkräftemangel weiter verstärken. Daraus drohen dem Standort gravierende Wachstumsverluste. Nach Schätzungen kostet der Fachkräftemangel einen Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr. Auf Bayern herunter gebrochen bedeutet dies rund vier Milliarden Euro.

- **Vereinbarkeit von Familie & Beruf stärken**

Familienfreundlichkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wesentliche Faktoren im härter werdenden Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter – lokal wie global. Dazu müssen die Rahmenbedingungen richtig gestaltet werden. Einer Einführung des Betreuungsgeldes erteilt der BIHK eine klare Absage. Vielmehr fordert der BIHK, qualitativ hochwertige und bezahlbare Betreuungsangebote für Kinder bis zwölf Jahre zu schaffen bzw. flächendeckend auszubauen. Daneben müssen die Öffnungszeiten der Einrichtungen sich stärker an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren und Wochenenden und Schulferien berücksichtigen. Der Ausbau von Ganztagschulen muss ebenfalls zügig und flächendeckend vorangetrieben werden.

- **Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere erhöhen und sichern**

Eine längere Teilhabe Älterer am Arbeitsleben kann erfolgreich dazu beitragen, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Um die Beschäftigungschancen für Ältere spürbar zu steigern, müssen hemmende Senioritätsregelungen – sowohl gesetzliche als auch tarifvertraglich verankerte – abgebaut werden. Insbesondere die Förderung der betrieblichen Altersteilzeit muss rasch auslaufen. Die Rente mit 67 ist richtig. Flexible Übergänge in die Rente sind einfacher zu gestalten, ohne aber die Beitrags- und Steuerzahler stärker zu belasten. Die Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I für ältere Arbeitnehmer lehnt der BIHK ab, weil sie dem Ziel entgegen wirkt.

- **Übergangsfristen aufheben**

Die Übergangsfristen für die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes gegenüber den EU-Beitrittsstaaten dürfen nicht über 2009 hinaus verlängert werden. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sind gerade die bayerischen Grenzregionen auf offene Arbeitsmärkte angewiesen. Eine Verlängerung der Übergangsregelungen bis 2011 würde die bayerischen Unternehmen im Wettbewerb benachteiligen. Entsprechende Übergangsregelungen für Fachkräfte und Hochschulabsolventen können den Anpassungsprozess auf dem Arbeitsmarkt jedoch abfedern.



4

WETTBEWERBSFÄHIGE ENERGIEVERSORGUNG LANGFRISTIG SICHERN

Mit Technologieverböten, Mindestpreisen und Einsatzverpflichtungen für erneuerbare Energien wird die Energiepolitik zu einseitig ausgerichtet. Kosteneffizienz und Energieverfügbarkeit spielen hierbei jedoch eine untergeordnete Rolle – mit der Konsequenz, dass die deutsche Wirtschaft auch in Zukunft weit über dem EU-Durchschnitt liegende Energiepreise zahlen muss. Der BIHK fordert den Freistaat auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene für folgende Punkte einzusetzen:

• **Energieversorgung auf eine breite Basis stellen**

Die gleichrangige Erfüllung der energiepolitischen Ziele Versorgungssicherheit, Preisgünstigkeit und Umweltfreundlichkeit erfordert einen breiten und marktgesteuerten Energieträgermix. Hierzu gehören mehr Wettbewerb und Transparenz bei den erneuerbaren Energien und die Verlängerung der Laufzeiten für sichere Kernkraftwerke. Bleibt es dagegen beim derzeit beschlossenen Atomausstieg, so ist die Energieversorgung der Unternehmen und der Bevölkerung in Bayern akut gefährdet. Der Atomausstieg ist deshalb rückgängig zu machen.

• **Hindernisse für Strom- und Gaswettbewerb beseitigen**

Nur ein funktionierender Wettbewerb garantiert auf Dauer eine kostengünstige Energieversorgung. Eine größere Anbietervielfalt innerhalb der EU erfordert jedoch den Ausbau der grenzüberschreitenden Netze und faire Anschlussbedingungen für neue Kraftwerke. Die Genehmigungsverfahren für den Netzausbau sowie für den Bau neuer Kraftwerke müssen daher vereinfacht und beschleunigt werden. Wettbewerbsbehinderungen müssen durch konsequente Regulierung und Nutzung des Wettbewerbsrechts sowie durch größtmögliche Transparenz des Netzbetriebs verhindert werden. Die von der EU-Kommission geforderte eigentumsrechtliche Netzabtrennung ist dagegen abzulehnen.

• **Energieforschung deutlich ausbauen**

Forschung und Innovation sind entscheidend für einen bezahlbaren Klimaschutz und die zukünftige Versorgungssicherheit. Deutschland hat die Energieforschung seit den 80er Jahren jedoch stark zurückgefahren und ist in der Mittelausstattung deutlich hinter andere Industrienationen zurückgefallen. Zur Sicherung von Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit müssen Bund und Länder ihre Ausgaben für die Energieforschung daher bis zum Jahr 2015 auf 900 Millionen Euro pro Jahr verdoppeln. Im Gegenzug sind die Subventionen für die Einspeisung von Strom aus regenerativen Energien deutlich abzubauen.

• **Ökonomisches Prinzip stärker beachten**

Bei der Klima- und Energiepolitik ist das Wirtschaftlichkeitsprinzip noch stärker zu beachten. Voraussetzung hierfür ist die Steigerung der Energieeffizienz. Der Absatz von energieeffizienten Produkten im In- und Ausland ist durch wettbewerbskonforme Anreizsysteme wie den Handel mit Emissionszertifikaten zu fördern. Dauersubventionen sind zu vermeiden. Bei der Förderung von klimafreundlicher, d. h. CO₂-armer Energie müssen die CO₂-Vermeidungskosten eine größere Rolle spielen. Maßnahmen mit Vermeidungskosten von mehr als 25 Euro/t CO₂ sind mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit allenfalls in ausgewählten Pilotprojekten zu vertreten. Darüber hinaus müssen die nationalen Fördersysteme innerhalb der EU harmonisiert werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen.



5

LASTEN AM STANDORT REDUZIEREN

Bislang ist der Staat der große Gewinner des Aufschwungs. In der Zeit von 2005 bis 2007 hat er 95 Milliarden Euro mehr an Steuern eingenommen. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist nach wie vor richtig und wichtig. Sie darf aber nicht als Ausrede benutzt werden, notwendige Korrekturen bei Steuern und Abgaben auf die lange Bank zu schieben.

• **Steuerreform 2009 anpacken**

Der Mittelstand ist durch den progressiven Tarif überproportional belastet, da es jährlich zu einer „kalten Progression“ kommt. Deshalb stellt der BIHK folgende Forderungen an ein zukünftiges Steuerkonzept:

- Die leistungsfeindliche Einkommensbesteuerung ist durch einen permanent an die Preisentwicklung angepassten Steuertarif zu ersetzen.
- Ab 2009 ist der Tarif abzusenken und der Grundfreibetrag zu erhöhen.
- Zudem müssen die komplizierten Sonderregelungen wie Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer, Zinsschranke, Mantelkaufregelung, Funktionsverlagerung und die GWG-Regelung, die durch die Unternehmensteuerreform eingeführt oder verschärft wurden, praktikabler, international üblich ausgestaltet sowie auf den tatsächlichen Kern der Missbrauchsfälle beschränkt werden.
- Ausgabendisziplin sorgt für Steuersenkungsspielraum bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung.

• **Erbschaftsteuerreform**

Die Große Koalition bleibt hinter ihrer Zusage, den unternehmerischen Generationenwechsel zu erleichtern, weit zurück. Vielmehr erhöht sie die Risiken für Nachfolger massiv. Wie der erste Nachfolgereport des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) ergab, erschweren Risiken bei der Erbschaftsteuer jede fünfte Unternehmensnachfolge. Der BIHK fordert daher, das Abschmelzmodell ohne Nebenbedingungen im Sinne der Koalitionsvereinbarung vom November 2005 umzusetzen. Danach muss bei einer Unternehmensnachfolge die Erbschaftsteuer für jedes Jahr der Fortführung um zehn Prozent sinken und nach zehn Jahren ganz entfallen. Wenn der Koalitionsvertrag nicht eingehalten wird, ist die Erbschaftsteuer abzuschaffen. Werden die vielen Nebenbedingungen, wie beispielsweise die Lohnsummenregelung, beibehalten, ist die 10-Jahres-Frist zu lange. In diesem Falle muss die Behaltens- und Lohnsummenfrist auf dem Niveau des aktuellen Rechts, nämlich fünf Jahre, bleiben.

• **Gesundheitsfonds verhindern**

Der Gesundheitsfonds ist ein bürokratisches Fehlkonstrukt, das die Unternehmen wie die Arbeitnehmer durch höhere Beiträge belasten wird. Nach Berechnungen der IHK-Organisation wird die Einführung des Einheitsbeitrags Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit jeweils bis zu drei Milliarden Euro zusätzlich belasten. Die demografischen Veränderungen erfordern stattdessen die Abkopplung der Beiträge von den Löhnen und den Übergang auf pauschale Prämien. Nur so kann die momentane arbeitsfeindliche Beitragsfinanzierung beseitigt, der Wettbewerb gefördert und die gesetzliche Krankenversicherung wettbewerbsfähig gemacht werden.



6

MITTELSTAND ENTFESSELN

Unternehmen sollen unternehmen und sich nicht mit bürokratischem Papierkrieg beschäftigen. 84 Prozent der Bürokratiekosten entfallen auf kleine und mittlere Unternehmen, die damit überproportional belastet werden. Jährlich werden zwischen vier und sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts der staatlichen Bürokratie geopfert. Für die bayerische Wirtschaft bedeutet das Jahr für Jahr Kosten zwischen 17 und 26 Milliarden Euro.

- **Informationspflichten reduzieren**

Alle Informationspflichten, die auf Landesrecht beruhen, müssen systematisch hinsichtlich der entstehenden Bürokratiekosten analysiert werden. Das Ziel zur Reduzierung der Bürokratiekosten muss auch für den Freistaat Bayern verbindlich auf 25 Prozent der gesamten Informationskosten festgeschrieben werden. Darüber hinaus muss ein systematisches Bürokratiekosten-Controlling bei neuen oder novellierten Landesgesetzen mittels konsequenter Anwendung des Standardkostenmodells (SKM) durchgeführt werden. Über die Ergebnisse muss jährlich berichtet werden.

- **eGovernment**

Bei der Entwicklung von eGovernment ist der Freistaat Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern Nachzügler. Der BIHK fordert daher einen Masterplan, der aufzeigt, wie das Land und die kommunale Ebene die Modernisierung der Verwaltung unter Einsatz von IT voranbringen möchte. In diesem Zusammenhang müssen konkrete Verantwortliche benannt und ein „Chief Information Officer“ bestimmt werden.

- **Deutsches Vergaberecht mittelstandsfreundlich gestalten**

Die Unübersichtlichkeit des deutschen Vergaberechts schreckt gerade kleine und mittlere Unternehmen davor ab, sich an öffentlichen Aufträgen zu beteiligen. Ziel muss es sein, das Vergaberecht zu vereinfachen und die Vergabeverfahren zu entbürokratisieren. Dies gelingt nur durch die Vereinfachung und Straffung sowie die Zusammenlegung der Vorschriften in ein Gesetz. Weiterhin fordert der BIHK, dass keine vergabefremden Aspekte im Vergaberecht Eingang finden. Ebenso muss der Rechtsschutz für Unternehmen sichergestellt sein. Der jetzt vorliegende Gesetzesentwurf erfüllt diese Erfordernisse nicht.





WACHSTUM ANTREIBEN

Bayerns Wirtschaftsleistung hat in den letzten zehn Jahren um fast 30 Prozent zugelegt. Damit belegt Bayern Platz Eins unter den Bundesländern. Um auch zukünftig an der Spitze mitzuspielen und im globalen Wettbewerb bestehen zu können, bedarf es eines offensiven Kurses in der Wirtschaftspolitik.

- **Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen erhöhen**

Die Zahl innovativer Unternehmensgründungen hat im letzten Jahrzehnt abgenommen: So wurden im verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2006 nur 60 Prozent der Gründungszahlen von 1995 erreicht. Auch hinsichtlich der KMU-Beteiligung an FuE-Tätigkeiten liegt Deutschland im internationalen Vergleich auf den hinteren Plätzen. An Attraktivität verliert der Forschungsstandort Bayern zudem durch einzelne Bestandteile der Unternehmensteuerreform.

Der BIHK fordert den Freistaat daher auf, die FuE-Aufwendungen in Bayern von aktuell 2,9 Prozent auf 3,6 Prozent des BIP bis zum Jahr 2012 anzuheben. Verstärkt werden muss auch die einzelbetriebliche FuE-Förderung, da nicht jedes Projekt eines KMU für Verbundforschung geeignet ist. Zudem spricht sich der BIHK auch für eine steuerliche FuE-Förderung aus. Dies gilt insbesondere dann, wenn die forschungsfeindlichen Regelungen der Unternehmensteuerreform wie die Funktionsverlagerung, der Mantelkauf sowie die Zinsschranke nicht sofort rückgängig gemacht werden.

- **Bayerische Forschungsförderung und -beratung optimieren**

Die Vielzahl staatlicher Förderprogramme ist für den einzelnen Unternehmer nicht mehr zu durchschauen. Ohne externe Hilfe kann ein Unternehmer kaum die für seine FuE-Projekte geeigneten Programme identifizieren und die komplexen Antragsverfahren bewältigen.

Der BIHK fordert daher, die FuE-Förderprogramme der Länder, des Bundes und der EU besser aufeinander abzustimmen. Die Antragstellung ist zu vereinfachen und die Förderberatung transparent und effektiv zu gestalten. Für eine optimale Forschungsförderung müssen sich die Beratungsorganisationen in Bayern stärker vernetzen und örtlich nah an den Betrieben sein.

- **Internationalisierung vorantreiben**

Der Standort Bayern profitiert vom zunehmenden Auslandsengagement seiner Unternehmen. Die bayerische Exportwirtschaft hat im Jahr 2007 mindestens 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Jedes Jahr steigen über 1.000 kleine und mittlere Unternehmen aus Bayern in das internationale Geschäft ein. Exporteinsteiger, aber auch erfahrene mittelständische Exportbetriebe, die neue Auslandsmärkte erschließen, sind nicht nur auf leicht zugängliche Informationen und Beratung angewiesen, sondern brauchen auch staatliche Unterstützung.

Der BHK fordert deshalb, ab dem Doppelhaushalt 2009/2010 mehr Finanzmittel für die bayerische Außenwirtschaftsförderung einzusetzen. Priorität sollte dem Bayerischen Messebeteiligungsprogramm sowie den Projekten des Außenwirtschaftszentrums Bayern gelten, da diese beiden Programme direkt den Markteinstieg kleiner und mittlerer Unternehmen ebnet. Der Jahresetat für das Bayerische Messebeteiligungsprogramm ist von derzeit 2,5 Millionen Euro auf 3,5 Millionen Euro zu erhöhen, um weiterhin pro Jahr mindestens 40 Messebeteiligungen in aller Welt durchführen zu können. Ferner sind nach dem Auslaufen von Sondermitteln aus der „High-Tech-Offensive Zukunft Bayern“ in Höhe von 900.000 Euro p.a. ab dem Jahr 2011 Landesmittel in mindestens gleicher Höhe für die Fortführung der erfolgreichen und Entwicklung neuer Leuchtturmprojekte des Außenwirtschaftszentrums Bayern, und hier insbesondere das bayerische Förderprojekt „Go International“, bereitzustellen.

- **Finanzierungsinstrumente mittelstandsfreundlich gestalten**

Basis für ein gesundes Wirtschaftswachstum bildet eine nachhaltige Finanzierung. Öffentliche Finanzierungshilfen dürfen daher nicht nur im Zusammenhang mit beabsichtigten Investitionen zur Verfügung gestellt werden, sondern müssen auch auf die Betriebsmittelfinanzierung wie z. B. die Auftragsvorfinanzierung ausgeweitet werden.





INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

• **Breitbandversorgung nachhaltig sicherstellen**

Ein Wirtschaftsstandort ohne die Möglichkeit, schnell ins Internet zu kommen, hat schlechte Karten für die Zukunft. So drohen beispielsweise Unternehmen in Gewerbegebieten ohne schnellen Breitbandanschluss mit Abwanderung. Die schnelle Verbindung über Breitband, insbesondere über DSL und künftig über Glasfaser, steht aber häufig nicht zur Verfügung. Auch in Bayern gibt es viele weiße Flecken, wie der Breitbandatlas zeigt.

Auch wenn mit der Breitbandinitiative Bayern akute Probleme der Unterversorgung ländlicher Gebiete mit Breitbandanschlüssen behoben werden können, bleibt angesichts der hohen technischen Entwicklungsdynamik die permanente Infrastrukturaufgabe zur Breitbandversorgung bestehen. In der Vergangenheit war für die Telefoninfrastruktur die Deutsche Post zuständig. Nach der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes blieb die Frage der Zuständigkeit für die Infrastrukturversorgung mit Breitbandanschlüssen offen. Viele Gemeinden sehen sich nicht in der Pflicht und nicht in der Lage, die Infrastrukturleistung zur Verfügung zu stellen. Daher fordert der BIHK vom Freistaat ein langfristiges Konzept, das aufzeigt, wie anhand der hohen Entwicklungsdynamik im Bereich eGovernment, eBusiness und eHealth eine Breitbandinfrastruktur grundsätzlich gewährleistet werden kann.

• **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vorantreiben**

Wirtschaftswachstum setzt eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur voraus, die die Mobilität von Personen und Gütern aufrechterhält. Dies gilt umso mehr in einem Flächenstaat wie Bayern. Der BIHK fordert daher die rasche Umsetzung folgender Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen:

- Bau der dritten Start- und Landebahn am Flughafen München
- Fertigstellung der A94 München-Passau als Standortsicherung für das Chiemsee-Dreieck
- Ausbau der A3 Aschaffenburg-Nürnberg-Regensburg-Passau
- Ertüchtigung der ICE-Trasse Nürnberg-Erfurt
- Ausbau der A 73 Nürnberg-Suhl
- Ausbau der A 6 Nürnberg-Heilbronn
- Fortführung des Donauausbaus zwischen Straubing und Vilsbiburg sowie des Mainausbaus zwischen Würzburg und Bamberg
- Herstellung einer direkten Schienenanbindung Ostbayerns an den Flughafen München sowie Verbesserung der Direktanbindung der anderen Landesteile
- 6streifiger Ausbau der A 8 Ulm-Augsburg-München-Salzburg
- Umsetzung der ICE-Magistrale Europa Stuttgart-Ulm-Augsburg-München
- Elektrifizierung der Bahnstrecke München-Memmingen-Lindau als NEAT-Zulauf
- Neubau der B 26neu – Westumfahrung Würzburg
- Neubau der vierstreifigen B 303neu als Lückenschluss der Magistrale Frankfurt-Würzburg-Schweinfurt-Bamberg-Prag



9

PROFIL SCHÄRFEN

Erfolg setzt ein klares Profil voraus. Nur wer um seine Stärken und Schwächen weiß, kann im internationalen Wettbewerb bestehen.

- **Tourismus weiterentwickeln**

Bayern ist nach wie vor die beliebteste Tourismusdestination Deutschlands. Der Jahresumsatz beträgt über 25 Milliarden Euro. Rund 560.000 Menschen verdienen ihr Einkommen im Tourismus. Der globale Wettbewerb greift aber auch längst hier. Der BIHK fordert daher die Schaffung international wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen. Zu nennen sind hier die Reduzierung von GEZ-, GEMA- und sonstiger Gebühren für Beherbergungsbetriebe. Zudem sind die Mehrwertsteuersätze im Gastgewerbe EU-weit zu harmonisieren. Öffentliche Finanzierungshilfen für Investitionen der Unternehmen und für Infrastrukturmaßnahmen müssen einem internationalen Benchmark unterzogen werden. Die Tourismusorganisationen müssen vernetzt werden, um die Schlagkraft durch eine wettbewerbsfähige Marktkommunikation zu erhöhen. Darüber hinaus fordert der BIHK eine branchenübergreifende Qualitätsoffensive im Tourismus.

- **Initiative „Industriestandort Bayern“**

Bayern ist ein attraktiver Industriestandort. Damit dies so bleibt, fordert der BIHK eine aktive Politik zur Verbesserung der Standortbedingungen für die Industrie, insbesondere auch für die Vielzahl der mittelständischen Betriebe. Ein leistungsfähiges „Netzwerk Industrie“ aus Industrieunternehmen und industrienahe Dienstleistungsunternehmen ist Voraussetzung für langfristiges Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Bayern. Es bedarf einer stärkeren Wertschätzung und Unterstützung der bayerischen Industrie in Politik und Öffentlichkeit, nicht nur von High-Tech-Branchen sondern in der gesamten Bandbreite der industriellen Fertigung, die gerade in den ländlichen Teilräumen noch hohe Bedeutung hat.

- **Dienstleistungssektor stärken**

Der Dienstleistungssektor in Bayern ist wesentlicher Bestandteil der Spitzenposition Bayerns. So sind knapp 80 Prozent der Unternehmen in Bayern Dienstleister, sie tragen 68 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei. 65 Prozent der Erwerbstätigen sind in Bayern im Dienstleistungssektor beschäftigt. Der bayerische Dienstleistungssektor muss in seiner Entwicklung aber noch gezielter unterstützt werden. So ist die finanzielle Export- und Investitionsförderung im Dienstleistungsbereich auszubauen, denn fehlende Sicherheiten sind nach wie vor ein großes Problem für die Unternehmen mit meist immateriellen Unternehmenswerten.

Im Bereich ÖPP (Öffentlich-Private-Partnerschaften) liegen erhebliche Potenziale für die mittelständische Dienstleistungswirtschaft brach. In Großbritannien beträgt der Anteil von ÖPP an öffentlichen Investitionen bereits bis zu 15 Prozent, in Bayern ist der Anteil von derzeit drei auf zehn Prozent anzuheben. Voraussetzung hierfür ist neben der landes- und kommunalpolitischen Schwerpunktsetzung eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der steuer- und vergaberechtlichen Rahmenbedingungen.



10

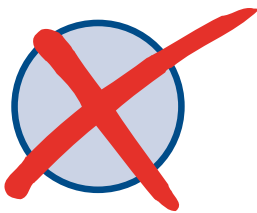
VERNETZT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

- **Vernetzte Wirtschaftsförderungspolitik**

Die weltweite Verfügbarkeit aktueller und umfassender Standortinformationen gewinnt für die unternehmerische Standortentscheidung an Bedeutung – sowohl für bereits in Bayern ansässige Unternehmen als auch für Neuansiedlungen. Zur Verdichtung der Informationen ist eine horizontale und vertikale Vernetzung aller beteiligten Akteure aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft in Bayern erforderlich. Zielführend ist dabei die Bündelung aller Informationen unter dem Dach eines „Standortportals Bayern“. Nur so können Doppelarbeit vermieden und die knappen Ressourcen effizient genutzt werden. Für eine leistungsstarke Wirtschaftsförderung müssen die modernsten Technologien und Kommunikationsmöglichkeiten (eGovernment) Anwendung finden.

- **Vernetzung von Wissenschaft und Praxis vorantreiben**

Der Technologie- und Wissenstransfer muss weiter intensiviert werden. Dies erfordert eine praxismgerechte Ausbildung an Hochschulen und mehr Kooperationsprojekte von Hochschulen und Wirtschaft. Die Zahl der angewandten Forschungszentren in Bayern ist zu erhöhen: So sollte die Zahl der Fraunhofer-Institute in ganz Bayern bis zum Jahr 2012 von fünf auf mindestens acht gesteigert werden. Die bayerische Cluster-Initiative ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die geplante Evaluation muss jedoch zu einer Konzentration der Cluster führen, um den Unternehmen verbesserte Leistungen anbieten zu können. Die Nachhaltigkeit ist so zu gestalten, dass über den Wissensaustausch hinaus konkrete Projekte bei den Cluster-Partnern entstehen.



Impressum:

Herausgeber: Bayerischer Industrie- und Handelskammertag
BIHK, Max-Joseph-Straße 2, 80333 München

Verantwortlich: Katharina Schlegel

Das Manuskript wurde abgeschlossen am 10. Juni 2008

Gestaltung: Word Wide KG, München

Druck: K. Fell GmbH, Gräfelfing